

**Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen
Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im
Zusammenhang mit der Ernennung ehrenamtlicher Richter und Richterinnen
der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040 42828-0
Fax: 040 4273-13245
Email: poststelle@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Kaiser-Wilhelm-Straße 100
20355 Hamburg
E-Mail: jdatenschutz@justiz.hamburg.de

Ihre personenbezogenen Daten (Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Wohnanschrift, Festnetz-, Mobil-, Dienst-, Nummer, E-Mail-Adresse(n), Arbeitsort/Betriebssitz, Beruf, ggf. Angaben zu berufsbezogenen/kenntnisbezogenen Berufungsvoraussetzungen, vorschlagender Verband, weitere Tätigkeiten als ehrenamtliche/r Richter/in, BZR-Daten) werden für Zwecke der Berufung oder Wiederberufung von Ehrenamtlichen Richter/innen für die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Hamburg durch die Geschäftsstelle für Ehrenamtliche Richter/innen in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet. Nach Ende Ihrer Amtszeit/Ihrer Amtsentlassung bzw. im Falle von Berufungshindernissen nach erfolglosem Abschluss des Berufungsverfahrens werden Ihre Daten bis zum Abschluss der für die Aufgaben der Geschäftsstelle für Ehrenamtliche Richter/innen bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) und g) sowie Art. 10 Satz 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und § 4 HmbDSG.

Ihre personenbezogenen Daten werden – wenn und soweit erforderlich - im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Verfahrens (Sozial- und Landessozialgericht Hamburg, Arbeits- und Landesarbeitsgericht Hamburg)
- den IT-Dienstleister der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Dataport als Auftragsverarbeiter.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 DSGVO.

Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Unter den Voraussetzungen des Artikels 15 DSGVO können Sie vom Verantwortlichen Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO)

Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ob Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen können, hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von der zuständigen Vergabestelle zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben oder rechtlicher Verpflichtungen noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgekommen werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen. Dies ist die bzw. der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg, Tel.: 040/42854-40 40, E-Fax: 040/4279-11811, E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de).